

# Berliner und Brandenburger CDU gedenken an der Glienicker Brücke dem 13. August 1961. Ehrenpension gefordert

Zum 45. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August haben CDU-Politiker aus Berlin und Brandenburg der Opfer von Mauer und Stacheldraht gedacht.

Bei der CDU-Gedenkfeier an der Glienicker Brücke warnten der Berliner Spitzenkandidat für die Abgeordnetenhauswahl, Friedbert Pflüger, und der Brandenburger Landesvorsitzende Jörg Schönbohm bei einer Gedenkveranstaltung an der Glienicker Brücke vor einer Verharmlosung der Gräueltaten der SED-Diktatur.

Neben den beiden Generalsekretären der Landesparteien, Frank Henkel und Sven Petke, sprach der Berliner Landesvorsitzende der CDU, Ingo Schmitt, vor den rund 400 Anwesenden. Schmitt hob hervor: „Wir werden nicht aufhören, daran zu erinnern, wer die politische Verantwortung für den Mauerbau und die mehr

als 1.000 Toten an der innerdeutschen Grenze trägt. Dass das Mauergehenken in Berlin in den Zuständigkeitsbereich eines PDS-Senators fällt, ist eine bittere Ironie der Geschichte. Die Gedenkkultur ist bei Flierl, der bei der Schleifung der Mauerkreuze am Checkpoint Charlie im vergangenen Jahr tatenlos zugesehen hat, in falschen Händen.“ Der Spitzenkandidat der CDU Berlin, Friedbert Pflüger, appellierte an die Sozialdemokraten, dass es längst an der Zeit sei, ein eindeutiges Zeichen der Solidarität mit den Leid tragenden Opfern der SED-Diktatur zu setzen und den Weg frei zu machen für eine Opferpension, die er „Ehrenpension“ genannt haben möchte. Der brandenburgische CDU-Vorsitzende und Innenminister des Landes Jörg Schönbohm sagte, die Erinnerung an die Mauer müsse wach gehalten werden. Sie sei

kein antifaschistischer Schutzwall gewesen, wie es die SED stets behauptet habe. Die Linkspartei.PDS nehme bis heute die Täter in Schutz. Ihr Ehrenvorsitzender Hans Modrow sehe die Verantwortung für den Mauerbau beiderseits der Grenze. Die PDS stelle die Ideologie über die Freiheit. Nachdem auch Sozialdemokraten Opfer der Politik der SED geworden seien, müsse sich die SPD für ihre Bündnisse mit der Linkspartei schämen. Es sei ein Ausdruck der Beliebigkeit der SPD, dass sie unter anderem in Berlin gemeinsam mit der PDS regiere.

Zum Abschluss der Kundgebung sprach der Schauspieler und Zeitzeuge Ezard Haußmann. Er bezeichnete die Mauer als Verbrechen. Der Gedenktag sei zugleich Mahn- und Warntag. Er denke mit tiefem Schmerz an die Opfer und die Talente, die sich aufgrund des Mauerbaus nicht entfalten konnten.



## Wahlkampfstrategie à la Rot-Rot? Senat treibt WBM in den Konkurs



Uwe Goetze

**Der rotrote Senat verschleiert offenbar aus wahlkampfstrategischen**

**Gründen die Zukunft der WBM zu Lasten der Mieter und Beschäftigten sowie des Steuerzahlers. Der WBM droht dadurch der Konkurs.**

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Uwe Goetze, zeigte sich empört: „Das ist verantwortungslos. Die Forderung der PDS nach einem Gesamtkonzept für die städtische Wohnungswirtschaft ist

nur eine Floskel und ein Ablenkungsmanöver. Seit 2001 weist die CDU auf die Schiefelage der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften hin. Die vorsätzliche Ignoranz hat dazu geführt, dass für Mieter, Steuerzahler und Mitarbeiter durch den willkürlichen Ausverkauf von Beständen bereits jetzt ein großer Schaden entstanden ist.“

Weiter sagte Goetze: „Nach Aussage

des SPD/PDS-Senats ist die Wohnungsbaugesellschaft Mitte nur zu retten, wenn bereits im Jahr 2006 12.000 bis 15.000 Wohneinheiten veräußert und 270 Mitarbeiter entlassen werden.

Die Weigerung der Koalition, diesen Sanierungs-

plan zu realisieren, bedeutet zwangsläufig das Aus für die Gesellschaft. Im dann unvermeidlichen Insolvenzverfahren werden dann alle Wohnungen und alle Mitarbeiter zur Disposition stehen.“

Goetze abschließend: „Der Senat muss endlich

Stellung beziehen. Es passt in die Strategie des Ignorierens und Vertuschens, dass der Senat die Fakten zur WBM erst nach der Wahl offen legen will. Ein Abtauchen bis nach dem 17. September ist jedoch ein offensichtlicher Wahlbetrug.“

